

PROTOKOLL DER PLENARSITZUNG VOM 24. MAI 2000

TRAKTANDEN:

Bericht des Gemeinderates betreffend Reglement über die Entschädigung der Behörden, Kommissionen und Nebenfunktionen der Gemeinde Allschwil, 2. Lesung Geschäft 2279C / D

Berichte des Gemeinderates und der Kommission für Gemeindeordnung und –reglemente betreffend Totalrevision des Polizeireglementes der Gemeinde Allschwil, 2. Lesung Geschäft 3134 / A

Motion der FIREKO betreffend Ueberarbeitung/Detaillierung des Finanzplans mit aktuellen Zahlen Geschäft 3213

Postulat der SP/Kaktus-Fraktion, betreffend Anbringen eines Fussgängerstreifens bei der Parkallee Geschäft 3217

Bewilligung eines Nachtragskredites von CHF 13'000 für die Erstellung eines Bauprojektes über die Verlängerung des Rauracherweges Geschäft 3221

Bericht der GPK betreffend Kontrolle der Wirkung von bisherigen GPK-Anträgen /-Empfehlungen/-Schlussfolgerungen Geschäft 3225

Neue parlamentarische Vorstösse

Folgende parlamentarischen Vorstösse sind eingegangen:

Postulat der SP/Kaktus-Fraktion betreffend Verkehrssicherheit an der Klarastrasse / In den Vogelgärten Geschäft 3229

Postulat von Max Ribi, FDP-Fraktion, betreffend Warum nicht eine Stiftung oder Genossenschaft Villa Guggenheim? Geschäft 3230

Bericht des Büros des Einwohnerrates betreffend Ersatzwahl eines Mitglieds in die Geschäftsprüfungskommission anstelle der zurückgetretenen Marisa Ullrich Schreier, SP/Kaktus-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2000), Geschäft 3227

Jean-Jacques Winter, SP/Kaktus-Fraktion, unterbreitet folgenden Wahlvorschlag:

Olivier Rüeegsegger.

Es liegen keine weiteren Wahlvorschläge vor.

//:

Anstelle der zurückgetretenen Marisa Ullrich Schreier wird Olivier Rüeegsegger, SP/Kaktus-Fraktion, als ordentliches Mitglied der Geschäftsprüfungskommission für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2000) gewählt

Kopie an:

Olivier Rüeegsegger (als Wahlanzeige)

Dr. Ivo Corvini, Präsident GPK

Frieder Herren, Präsident SP

Eveline Bohnenblust, Präs. Kaktus

Bericht des Gemeinderates betreffend Reglement über die Entschädigung der Behörden, Kommissionen und Nebenfunktionen der Gemeinde Allschwil, 2. Lesung, Geschäft 2279C/D

Ruth Greiner, Gemeindepräsidentin, teilt mit, dass die von der FDP zusätzlich gestellten Fragen im heute vorliegenden Zusatzbericht des Gemeinderates 2279D abgehandelt worden sind. Sie bittet den Rat, aufgrund der Sachlage dem Geschäft 2279 heute zuzustimmen.

Dr. Guido Beretta, Ratspräsident, gibt bekannt, dass seitens FDP eine Antragsweiterung vorliegt.

Dr. Max Ribi, FDP-Fraktion, äussert sich zum gemeinderätlichen Zusatzbericht 2279D wie folgt: Für die FDP wurde es damit nicht

leichter, zu einem Entscheid zu gelangen.

Zu den einzelnen Fragen / Antworten des Gemeinderates:

1. Ohne Zusatzhilfe ist es nicht möglich, die Zahlen (grünes Blatt) nachzuvollziehen. Die hauptsächliche Begründung des Gemeinderates lautet, dass die involvierten Personen einverstanden sind. Dies sei für die Beratung nicht massgebend. Ein Reglement muss für Max Ribi so ausgearbeitet sein, dass es personen-unabhängig ist. Eine analytische Untersuchung hat nicht stattgefunden und somit sei Frage 1 nicht beantwortet.

2. Max Ribi hat das Pflichtenheft des Schulpräsidiums eingesehen. Das Aktivitätenverzeichnis bezieht sich lediglich auf die Ortsschulpflege. Da aber in Allschwil zwei Schulpflegen bestehen, kann also kein Vergleich angestellt worden sein.

3. Man weiss, dass neu die Kindergartenkommissionspräsidentin durch das Primarschulsekretariat von den administrativen Aufgaben entlastet wird. Die Aussage des Gemeinderates, es entstehe kein Mehraufwand, ist nicht nachvollziehbar. Der Hinweis, es handle sich um eine Uebergangslösung bis zum Inkrafttreten des neuen kantonalen Bildungsgesetzes, beantwortet die Frage nach dem Ist-Zustand nicht.

Max Ribi teilt mit, dass die FDP-Fraktion verstimmt ist und den Eindruck hat, der Einwohnerrat werde vom Gemeinderat nicht ernst genommen. Der Bericht 2279D beantwortet die gestellten Fragen leider nicht. Aus diesem Grund legt die Fraktion folgenden Zusatzantrag vor:

Erweiterung des Antrages

Gestützt auf diese ergänzenden Ausführungen (2279D) beantragt Ihnen der Gemeinderat die Durchführung der 2. Lesung des Reglementes über die Entschädigung der Behörden, Kommissionen und Nebenfunktionen der Gemeinde Allschwil unter der Berücksichtigung, dass das Reglement spätestens bei der Ueberführung der Realschule an den Kanton neu überprüft und überarbeitet wird.

Falls dieser Antrag nicht gutgeheissen wird, so weiter **Max Ribi**, wird die FDP-Fraktion das Reglement ablehnen.

Arnold Julier, CVP/SVP-Fraktion und Präsident der Ortsschulpflege, teilt mit, dass er bei diesem Geschäft für die Abstimmung in Ausstand treten wird. Als Information weist er darauf hin, dass er z.B. vom 26.4. – 23.5.2000 für die Ortsschulpflege-Präsidiumsarbeit insgesamt 57 Stunden aufgewendet hat. Er legt einen Kostenvergleich (Stand 1.1.2000) der Schulpflegepräsidien nach altem und neuem Reglement vor. Sie liegt diesem Protokoll bei und bildet Bestandteil desselben. Arnold Julier fasst zusammen, dass die neue Regelung sogar noch Kosten einsparen wird.

Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner** ist erstaunt, dass die FDP-Fraktion ihre Fragen erst jetzt in dieser klaren Form stellt. Wären diese dem Gemeinderat früher vorgelegen, hätte er sie wie verlangt analytisch beantworten können. Wenn in dieser Diskussion die analytische Darlegung der Entschädigung eines politischen Amtes, d.h. des Schulpflegepräsidiums, gefordert wird, müsste das für alle anderen politischen Aemter auch gefordert werden. Dies ist aber nicht möglich, weil ein politisches Amt gleichzeitig auch ein Ehrenamt ist, dass nicht in Franken und Rappen genau aufgewogen werden kann. Ein Pflichtenheft gibt es für diese Art von Amt nicht, es wird aber ein Geschäftsreglement erstellt werden müssen, in dem die Aufgaben zB. der Präsidentin/des Präsidenten aufgelistet sind. Mit dieser Ausgangslage hat der Gemeinderat versucht, eine Lösung zu finden, bei der sich die Kosten im heutigen Rahmen bewegen. Dass es sich dabei um eine Uebergangslösung handelt, hat der Gemeinderat von Anfang an dargelegt.

Der Gemeinderat begrüsst den Zusatzantrag der FDP und bittet die Ratsmitglieder um einen Entscheid.

EINTRETENSDEBATTE

Dr. Max Ribi, FDP-Fraktion, bemerkt, dass mit der Kostenauflistung von Arnold Julier nun die Frage 1 beantwortet ist.

Felix Mensch äussert sich seitens CVP/SVP-Fraktion dahingehend, dass ihnen die heute unterbreiteten Informationen bekannt waren und die Entschädigung der Schulpflegepräsidien deshalb keine grossen Fragen mehr aufwirft. Es handle sich um eine Summenfrage. Die Entschädigung weist eine Verhältnismässigkeit auf und aus diesem Grund ist die CVP/SVP-Fraktion für den gemeinderätlichen Vorschlag.

Dr. Lukas Rosenthaler, SP/Kaktus-Fraktion, teilt mit, dass seine Fraktion mit gewissen Bedenken dem Vorschlag des Gemeinderates zustimmt. Die Entschädigungen würden eine gewisse Problematik aufweisen und werden als Uebergangslösung angesehen.

Arnold Julier, CVP/SVP-Fraktion, weiss, dass der Kanton die Entschädigung für Sekundarschulpräsidien per 1.1.2001 um ca. 50% erhöht werden.

Jean-Jacques Winter, SP/Kaktus, kann den Zusatzantrag der FDP nachvollziehen. Nicht nachvollziehbar wäre die Erhöhung der kantonalen Kommissionsentschädigungen durch die Gemeinde.

DETAILBERATUNG

Fassung 2. Lesung Einwohnerrat 2279C

§ 1

Alex Horisberger, FDP-Fraktion, beantragt die Rundung der Beträge.

Mit Bezug auf die diesem Thema zahlreich vorausgegangenen Diskussion **schlägt Dr. Guido Beretta** vor, die Beträge wie vom Gemeinderat vorgeschlagen zu belassen.

Alex Horisberger erklärt sich stillschweigend einverstanden.

§ 2 Kein Wortbegehren.

§ 3 Kein Wortbegehren.

§ 4 Kein Wortbegehren.

§ 5 Kein Wortbegehren.

§ 6 Kein Wortbegehren.

§ 7 Kein Wortbegehren.

§ 8 Kein Wortbegehren.

://:

Mit grossem Mehr wird der Ergänzung des gemeinderätlichen Antrags zum Geschäft 2279D mit dem Zusatzantrag der FDP-Fraktion zugestimmt.

://:

Mit grossem Mehr gegen 1 Stimme, bei 3 Enthaltungen, wird dem Erlass des Reglementes unter der Bedingung, dass das Reglement spätestens bei der Ueberführung der Realschule an den Kanton neu überprüft und überarbeitet wird, zugestimmt.

Berichte des Gemeinderates und der Kommission für Gemeindeordnung und –reglemente betreffend Totalrevision des Polizeireglementes der Gemeinde Allschwil, 2. Lesung Geschäft 3134/A

Fassung 2. Lesung gemäss Synopse vom 12. April 2000

§ 1 Kein Wortbegehren.

§ 2 Kein Wortbegehren.

§ 3 Kein Wortbegehren.

§ 4 Kein Wortbegehren.

§ 5 Kein Wortbegehren.

§ 6 Kein Wortbegehren.

§ 7 Kein Wortbegehren.

§ 8 Kein Wortbegehren.

§ 9 Kein Wortbegehren.

§ 10 Kein Wortbegehren.

§ 11 Kein Wortbegehren.

§ 12 Kein Wortbegehren.

§ 13 Kein Wortbegehren.

§ 14 Kein Wortbegehren.

§ 15 Kein Wortbegehren.

§ 16 Kein Wortbegehren.

§ 17 Kein Wortbegehren.

§ 18 Kein Wortbegehren.

§ 19 Kein Wortbegehren.

§ 20 Kein Wortbegehren.

§ 21 Kein Wortbegehren.

§ 22 Kein Wortbegehren.

§ 23 Kein Wortbegehren.

§ 24 Lärmverursachende Tätigkeiten

Susanne Altermatt, Präsidentin der vorberatenden Kommission für Gemeindeordnung und –reglemente erläutert den ausgestellten Absatz 1. Die genannten lärmverursachenden Tätigkeiten beziehen sich nur auf private Tätigkeiten. Für Industrie- und Gewerbelärm gelten im Rahmen der Lärmschutzverordnung Belastungsgrenzwerte, Sonderbewilligungen etc.

Grundsätzlich teilt sie mit, dass sie für die Abklärungen der in der 1. Lesung ausgestellten Paragraphen den Rechtsdienst der Gemeindeverwaltung beigezogen hat und keine Kommissionssitzung mehr einberufen worden ist.

- § 25 Kein Wortbegehren.
- § 26 Kein Wortbegehren.
- § 27 Kein Wortbegehren.
- § 28 Kein Wortbegehren.
- § 29 Kein Wortbegehren.
- § 30 Kein Wortbegehren.
- § 31 Kein Wortbegehren.
- § 32 Kein Wortbegehren.

§ 33 Oel- und Gasfeuerungskontrolle sowie Feuerschau

Susanne Altermatt erläutert bezüglich der Notwendigkeit, eine Gebühr anzugeben, dass auf Verfassungsebene vorgeschrieben ist, die wesentlichen Elemente, d.h. eine Gebühr, kommunal auf Reglementsstufe festzusetzen. Wesentliche Elemente sind der Betroffene, der Gegenstand, die Höhe der Abgabe. Der Kanton empfiehlt dringend, mind. die maximale Höhe zu regeln. Dies wurde bis jetzt in den Allschwiler Reglementen so gehandhabt. Susanne Altermatt empfiehlt dieses Vorgehen auch für der Zukunft, damit die Exekutive über den nötigen Handlungsspielraum verfügt, durch die Limite aber ein Rahmen gegeben ist.

Dr. Max Ribi, FDP-Fraktion, erkundigt sich, ob in Allschwil Kontrollen durch private Firmen anerkannt sind.

Die Departementsvorsteherin **Rosmarie Hofer** bejaht diese Frage – seit 1.1.2000 ist dies der Fall.

- § 34 Kein Wortbegehren.
- § 35 Kein Wortbegehren.
- § 36 Kein Wortbegehren.
- § 37 Kein Wortbegehren.
- § 38 Kein Wortbegehren.

§ 39 Bewilligungen

Dr. Max Ribi, FDP-Fraktion, erkundigt sich, um welche Bewilligungen es sich hierbei handelt.

Susanne Altermatt: Es handelt sich um die in diesem Reglement genannten Bewilligungen, z.B. §30, Betrieb von Dancings und Dancing-Bars.

Gemeinderätin **Rosmarie Hofer** nennt weiter die Paragraphen 26 und 31 sowie zusätzlich Bewilligungen für Sportveranstaltungen und Freinacht.

Dr. Max Ribi: Kann das Bewilligungsverfahren vom Gemeinderat beliebig ausgedehnt werden?

Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner** hält fest, dass es um diejenigen Bewilligungen geht, die im Rahmen dieses Reglementes ausgesprochen werden müssen und den Bereich Polizei betreffen.

- § 40 Kein Wortbegehren.
- § 41 Kein Wortbegehren.
- § 42 Kein Wortbegehren.
- § 43 Kein Wortbegehren.
- § 44 Kein Wortbegehren.
- § 45 Kein Wortbegehren.

://:

Mit 34:1 Stimmen, bei 1 Enthaltung, wird das totalrevidierte Polizeireglement der Gemeinde Allschwil in 2. Lesung gutgeheissen.

Motion der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission betreffend Ueberarbeitung/Detaillierung des Finanzplans mit aktuellen Zahlen Geschäft 3213

Dr. Lukas Rosenthaler, Präsident FIREKO, erläutert die FIREKO-Motion. Er dankt dem Gemeinderat für seine Bereitschaft, den Vorstoss entgegenzunehmen.

Dr. Leo Zehnder, Vorsteher Departement Finanzen/Controlling erkennt, dass dieser Vorstoss eine Folge des "unglücklichen" Berichtes "Finanzplanung für die Jahre 2000-2003" ist. Dahinter steckt kein schlechter Wille des Gemeinderates, sondern die Meinung, dass die letzte Finanzplanung einer Legislaturperiode mehr oder weniger vergebens ist. Der Gemeinderat wird am Wochenende vom 26./27. Mai die Legislaturplanung 2000-2004 vorbereiten. Dabei wird eines der Hauptthemen die Darstellung der finanziellen Situation der Gemeinde Allschwil und der entsprechende Ausblick sein.

Wahrscheinlich wird es aber nicht möglich sein, den Investitionsplan für die nächsten 4 Jahre bereits abzusegnen. Gewisse Grundsatzentscheide werden gefällt werden.

Nach Meinung von Leo Zehnder ist es nicht möglich, mit der Rechnungslegung 1999 bereits ein Finanzplan für die nächsten 4 Jahre vorzulegen, weil dieser vom Budget 2001 abhängig ist. Selbstverständlich ist der Gemeinderat bereit, die für das Jahr 1999 erfreulichen Zahlen zu berücksichtigen. Aber im nächsten Finanzplan wird das erste Jahr 1999, das zweite 2000 sein, weil das Budget 2000 vom Einwohnerrat abgeseignet und damit "sacro sanct" ist. Selbstverständlich werden die grossen Veränderungen, die stattgefunden haben in der Rechnung 1999, in der Vorausschau berücksichtigen. Es wird ein längerer Prozess sein, der mit der Vorlage des Budgets und des Finanzplans 2000-2004 im Dezember 2000 seinen Höhepunkt erreichen wird. Der Departementschef erachtet es nicht als sinnvoll, bei der Rechnungsablage einen virtuellen Finanzplan vorzulegen. Falls die FIREKO das geschilderte Vorgehen gutheisst, ist der Gemeinderat gerne bereit, die Motion entgegenzunehmen. Sollte das Anliegen der Motion aber die Schaffung von Zahlenkonstruktionen für einen Finanzplan, der nicht mit dem Budget 2000 untermauert ist, sein, so weist der Departementvorsteher auf die bereits stark ausgelastete Hauptabteilung Finanzen/Controlling hin.

Jacqueline B. Misslin, FDP-Fraktion hat während ihrer vierjährigen Amtszeit feststellen können, dass der Finanzplan ein Dorn im Auge des Gemeinderates sowie von gewissen Ratsmitgliedern ist. Die Votantin, zusammen mit der ganzen FDP-Fraktion, legt Wert und Gewicht auf den Finanzplan. Dieser sei dazu da, das Grundkonzept des Gemeinderates für die Legislatur widerzuspiegeln. Er zeigt auch auf, wo die finanziellen Mittel herkommen und wo sie eingesetzt werden. Ebenfalls hilft der Finanzplan dem Gemeinderat der Bevölkerung aufzuzeigen, wo seine Pläne hinführen. Er zeigt auch fehlende finanzielle Mittel auf. Gerade wenn wie in Allschwil der Fall der Hauptabteilungsleiter Finanzen/Controlling aus dem Bankenbereich stammt, sollte es möglich sein, den Gemeinderat in Sachen Kapitalbeschaffung zu beraten. Jacqueline Misslin legt dem Einwohnerrat nahe, den Finanzplan im Auge zu behalten, da in den kommenden Jahren grosse Ausgaben geplant sind, die gerechnet werden müssen. Steuererhöhungen zu verlangen sei einfach, so die Sprechende weiter, aber man muss auch erkennen können, wann der Einsatz von Fremdkapital oder die Liquidierung von Aktiven sinnvoll ist. Erst an letzter Stelle soll eine Steuererhöhung veranlasst werden. Aus diesen Gründen erachtet Jacqueline Misslin die rollende Planung des Gemeinderates in Form des Finanzplans als sehr wertvoll.

Kurt Kneier, CVP/SVP-Fraktion, weist auf die Entstehung der Motion (datiert 8.12.1999) bei der Diskussion um das Budget 2000 hin. Damals verhies sowohl das Budget wie auch der Finanzplan nichts Gutes. Die Idee der FIREKO war damals, dass diejenigen Zahlen aus der Rechnung 1999, welche – wie man erhoffte - gut aussehen werden, neu in den Finanzplan 2000-2003 aufnimmt. Es war bereits bekannt, dass für den Einwohnerrat und den Gemeinderat eine neue Legislatur beginnt, also der Gemeinderat neue Legislaturziele ins Auge fassen wird. Wenn jetzt Dr. Leo Zehnder zusagt, die neuen Zahlen der Rechnung 1999 in den bestehenden Finanzplan einzubauen, ist die Motion der FIREKO erfüllt. In diesem Sinn unterstützt die CVP/SVP-Fraktion die Motion 3213.

Dr. Lukas Rosenthaler dankt dem Finanzchef für seine Ausführungen. Er vergleicht den kommunalen Finanzplan mit einer "5-Tage-Wetterprognose" die ebenfalls unsicher ist und allenfalls angepasst werden muss. In diesem Sinn ist auch die Motion 3213 zu verstehen.

Für die Zukunft besteht seitens FIREKO der Wunsch, den Finanzplan regelmässig zu aktualisieren.

Gemeinderat **Dr. Leo Zehnder** hält fest, dass der Gemeinderat den Finanzplan sehr ernst nimmt, jedoch immer wieder feststellen muss, dass dieser - sobald erstellt - bereits wieder überholt ist. Zahlreiche Veränderungen lösen dies aus, so zB die geplante Abschaffung der Erbschaftssteuer im Kanton Baselland, was für die Gemeinde Allschwil Verluste in Millionenhöhe verursachen würde. Auch die Einführung des neuen kantonalen Bildungsgesetzes wird die Gemeindefinanzen beeinflussen. Im Weiteren stellt der Gemeinderat fest, dass Allschwil an Einwohnerschaft verliert, d.h. das Steuersubstrat nimmt nicht zu. Alle diese Ueberlegungen müssen berücksichtigt und zusammengefasst werden. Der Gemeinderat wird dem Einwohnerrat Vorschläge unterbreiten, wie die finanzielle Situation in Allschwil für die nächsten 4 Jahre im Griff behalten werden kann.

Jacqueline B. Misslin, FDP, weiss, dass ein Finanzplan grosse Flexibilität verlangt und sehr anspruchsvoll ist. Gerade die Fluktuationen, z.B. Schwund der Einwohnerschaft, sind interessant aufzuzeigen. Weil der Finanzplan laufend angepasst werden muss, spricht man von einer rollenden Planung. Dass dies eine grosse Arbeit bedeutet, ist der Rednerin bewusst.

Dr. Max Ribli, FDP-Fraktion, bemerkt, dass in der Vernehmlassung zur Vorlage des Landrates BL betreffend Erbschaftssteuer Allschwil die Abschaffung derselben gutgeheissen hat.

Dr. Leo Zehnder bestätigt diese Aussage.

://:

Mit grossem Mehr wird die Motion erheblich erklärt und dem Gemeinderat zur Ausarbeitung eines entsprechenden Berichtes überwiesen.

Postulat der SP/Kaktus-Fraktion betreffend Fussgängerstreifen bei der Parkallee, Geschäft 3217

Jean-Jacques Winter, SP/Kaktus-Fraktion, hat den schriftlichen Informationen des Gemeinderates an die Fraktionspräsidien entnommen, dass die Exekutive bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen. Dafür spricht er seinen Dank aus. Es gehe um das Anliegen, einen Fussgängerstreifen bei der Parkallee an der Grenze zur Stadt Basel, Achse Steinbühlallee/Schützenweg,

einzurichten.

Jean-Jacques Winter ergänzt das Postulat mit dem Antrag, an der Ecke Schützenweg/Parkallee/Wanderstrasse einen Spiegel anzubringen, weil an dieser Stelle die Sicht vom rollenden Verkehrsteilnehmer aus stark eingeschränkt ist.

Jean-Jacques Winter hofft auf Unterstützung der Ratsmitglieder.

Rosmarie Hofer, Departementsvorsteherin Umwelt und Sicherheit, stellt richtig, dass der Gemeinderat nicht bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen.

Von der Gemeindepolizei wurden an der Achse Parkallee/Wanderstrasse zwischen 7 und 9 Uhr und von 16 – 18 Uhr Autos sowie Fussgängerüberquerungen gezählt. Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt. Pro Stunde passierten im Schnitt am Morgen 380, am Abend 775 Autos diese Stelle in beide Richtungen. Zu den Fussgängern: am Morgen zwischen 7 und 9 Uhr überquerten 3, am Nachmittag 7 Personen die Parkallee. Die Erhebungen haben gezeigt, dass vor allem der Schützenweg und die Steinbühlallee von Fussgängern überquert werden. Die Beobachtung des Verkehrs hat im Weiteren ergeben, dass im Verkehr immer wieder Lücken entstehen, die eine Überquerung der Parkallee ermöglichen. Auch haben die Empfehlungen der BfU ergeben, dass ein Fussgängerstreifen an dieser Stelle nicht notwendig ist. Aus diesen Gründen empfiehlt der Gemeinderat, das Postulat 3217 abzulehnen.

Arnold Julier gibt seitens der CVP/SVP-Fraktion Unterstützung des Postulates bekannt. Er hat bei einem Augenschein die selben Feststellungen wie J.J. Winter gemacht.

Jean-Jacques Winter hat einen Protokollauszug des Gemeinderates erhalten, welcher besagt, dass das Postulat entgegengenommen wird. Zudem weiss er von seinen eigenen Kindern, dass diese die Parkallee nicht im normalen Schritt überqueren, sondern bei einer Verkehrslücke über die Strasse "schwuppen".

://:

Mehrheitlich wird das Postulat dem Gemeinderat zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen.

FRAGESTUNDE

Die folgende Fragen wurden schriftlich eingereicht und liegen diesem Protokoll als Bestandteil bei.

Olivier Rüeegg, SP/Kaktus-Fraktion:

Schiesstand Mühlerain – Bodenbelastung Zielhang

Rosmarie Hofer, Departementsvorsteherin Umwelt und Sicherheit:

Grundsätzlich sind Bleiemissionen aus Schiessanlagen nicht vernachlässigbar. Die Emission von Blei ist zwar stark rückläufig, aber; sie ist aber mengenmässig relevant. In der Munition ist hauptsächlich Blei – neben einigen anderen umweltgefährdeten Metallen – enthalten.

Das Ausmass einer Bodenbelastung bei einer 300m-Schiessanlage ist von verschiedenen Faktoren abhängig. Einflussfaktoren sind der Schadstoffeintrag, die lokalen Windverhältnisse und die Topografie. Untersuchungen des EMD und des BUWAL haben ergeben, dass die Schadstoffbelastung des Bodens einer 300m-Schiessanlage sich in typische Belastungszonen einteilen lässt.

Antworten auf die Fragen 1-4:

Der Kugelfang wird in regelmässigen Abständen (jährlich) von einem Schiessoffizier –der Militärverwaltung überprüft. Bei Bedarf wird das Material im Einschussbereich abgetragen, entsorgt und wieder mit frischem Sägemehl / Sandgemisch aufgefüllt. Das ist ein weiches Material. So kann die Zersplitterung der Geschosse und die Verfrachtung von Schadstoffen in die Umgebung vermieden werden. In diesem Jahr wurden diese Arbeiten bereits durchgeführt.

Die notwendigen Massnahmen werden mit einem eidgenössischen Schiessoffizier abgesprochen. In der Regel wird die Einschusszone jährlich erneuert.

Nein.

Nein. Die Schiessanlage Mühlerain ist wie andere Schiessanlagen im kantonalen Kataster der belasteten Standorte registriert. Erst bei der Umnutzung des Areals ist es notwendig, eine Gefährdungsabschätzung mit dem Amt für

Umweltschutz und Energie durchzuführen und über den Sanierungsbedarf bzw. die Entsorgung des Bodenmaterials zu entscheiden.

Olivier Rüeegsegger dankt für die Ausführungen und erkundigt sich zusätzlich, nach welchen Kriterien das Sägemehl im Einschussbereich ausgewechselt wird?

Rosmarie Hofer: Der diese Kontrolle durchführende Schiessoffizier misst Notwendigkeit an der Anzahl Schüsse, die abgegeben worden sind.

Olivier Rüeegsegger, SP/Kaktus-Fraktion:

Umbau der Tramsinseln an der Baslerstrasse

Roman Meury, Departemenvorsteher Tiefbau:

Der Umbau der Tramsinseln erfolgt wegen den neuen Trams "Combino", welche sehr niedrig und breiter als gewöhnliche Tramwagen sind. Aus diesem Grund müssen die Randsteine der Tramsinseln angepasst werden.

Antworten auf die Fragen 1-3:

Am 3.9.1999 wurde die BUD Liestal von der BVB zur Stellungnahme eingeladen. Das Tiefbauamt hat den Gemeinderat am 9.9.1999 gebeten, zu den Plänen Stellung zu nehmen. Dies ist am 22.9.1999 erfolgt.

Auf die Sicherheit hat der Umbau bei der geringen Verbreiterung keinen Einfluss Vorteilhaft ist, dass der Belag der Tramsinseln dabei erneuert wird.

Nein. Jedoch hat der Gemeinderat in seiner Stellungnahme eine Verbreiterung auf der gegenüberliegenden Seite angeregt. Das kantonale Tiefbauamt ist darauf nicht eingegangen.

Olivier Rüeegsegger ist mit der Beantwortung zufrieden.

SP/Kaktus-Fraktion:

Zerstörte Statue von A. Rossi

Beatrice Fuchs, Departemenvorsteherin Bildung-Erziehung-Kultur:

Diese Plastik wurde vor einigen Jahren vom Künstler selber im Gemeindepark aufgestellt. Es handelt sich nicht um einen Ankauf der Gemeinde und es besteht keinerlei Vereinbarung betreffend Leihgabe, Unterhalt etc. Herr Rossi wurde schriftlich und telefonisch auf die Beschädigung aufmerksam gemacht und gebeten, die Statue zu entfernen. Bis jetzt ist dies nicht erfolgt und der Gemeinderat wird in den nächsten Tagen nochmals mit dem Künstler Kontakt aufnehmen. Eine Renovierung des Objektes durch die Gemeinde kommt aufgrund des Besitzverhältnisses nicht in Frage.

Der Schutz der gemeindeeigenen Kunstobjekte vor Vandalismus gestaltet sich äusserst schwierig. Kleinere Objekte werden am Standort verankert, damit sie nicht entfernt werden können.

Ein Budget für "Kunst im Gemeindepark" oder für "Kunst in den Parkanlagen Allschwils" gibt es nicht. Für den Ankauf von Kunstgegenständen stehen pro Jahr Fr. 20'000.—zur Verfügung, was in der heutigen Zeit sehr bescheiden ist. Mit dem vom Gemeinderat vorgeschlagenen, aber vom Einwohnerrat abgelehnten Kulturfonds wären grössere Anschaffungen möglich.

Margaret Wagner dankt für die Ausführungen und schlägt vor, Herrn Rossi zu bitten, die Restaurierung des Objektes durchzuführen. Dabei soll die Gemeinde den Transport übernehmen.

Beatrice Fuchs wird diesen Vorschlag mit dem Gesamt-Gemeinderat beraten. Zuerst wird sie aber nochmals mit dem Künstler Kontakt aufnehmen und ihn bitten, die Skulptur zu entfernen.

Christoph Morat, SP/Kaktus-Fraktion:

Wertstoffsammelstelle am Lindenplatz

Rosmarie Hofer, Departementsvorsteherin Umwelt und Sicherheit:

1. 2'500 Fragebogen im Einzugsgebiet Lindenplatz wurden versandt.
2. Die Anwohner/innen werden über den Ausgang der Umfrage im Allschwiler Wochenblatt informiert. Für die Anlage wird ein öffentliches Baugesuch gestellt. 80% der Befragten sind für die Erstellung einer Wertstoffsammelstelle am Lindenplatz.
3. Mit dem Gesamtkonzept "Lindenplatz" wird sich der neue Gemeinderat 2000-2004 auseinandersetzen. Ideen sind vorhanden.

Christoph Morat dankt für die Ausführungen und zeigt sich zufrieden mit den Antworten.

Es folgen die mündlichen Fragen.

Dr. Ivo Corvini, CVP/SVP-Fraktion:
GPK-Postulat betr. Verbesserungen Mittagstisch Allschwil

Dr. Ivo Corvini erkundigt sich nach dem Stand der Dinge des im letzten Sommer von der GPK eingerichteten und im Januar 2000 überwiesenen Postulates.

Beatrice Fuchs, Departementsvorsteherin Bildung-Erziehung-Kultur erklärt, dass die Abklärungen noch einiger Zeit bedürfen. An der Berichterstattung wird gearbeitet.

Dr. Ivo Corvini schlägt vor, im Zusammenhang mit dem neu vorgeschlagenen kantonalen Bildungsgesetz, von dem der Mittagstisch ebenfalls Bestandteil ist, die Schulpflege zu involvieren.

Beatrice Fuchs weist auf die vor Jahren durchgeführte Umfrage bez. Mittagstisch bei den Eltern hin. Das Interesse an einem Mittagstisch war stark vorhanden, jedoch blieben die Kinder nach der Einrichtung des Mittagstisches oft aus. Sie glaubt nicht, dass eine erneute Umfrage das richtige Arbeitsinstrument ist, um das Geschäft im Einwohnerrat unterbreiten zu können.

Eine Diskussion im Landrat BL hat ergeben, dass der Mittagstisch noch nicht Bestandteil des neuen Schulgesetzes sein soll, sondern vom zukünftigen Bildungsgesetz. Damit werden die Gemeinden verpflichtet, eigene Abklärungen zu machen und bei Bedarf eine entsprechende Einrichtung anzubieten. Nach Meinung der Departementsvorsteherin geht es in Allschwil um die Dezentralisierung des Mittagstisches, um alternative Angebote. Diese wird zur Zeit im der Hauptabteilung BEK geprüft und der Einwohnerrat erhält zu gegebener Zeit Bericht.

Jakob Vogt-Pauluzzi, CVP/SVP-Fraktion:

Wie und wo verläuft die Einführung der Buslinie 38 im Sommer 2000 in Allschwil?

Roman Meury, Departementsvorsteher Tiefbau:

Die Streckenführung geht vom Gartenbad Bachgraben via Kreuzstrasse, Hagmattstrasse über die Kreuzung Grabenring/Gartenstrasse/Baslerstrasse in den Grabenring. Auf dem Retourweg fährt der 38er durch die Hegenheimerstrasse, Hegenheimermattweg, hält am Römerweg, weiter zum Zoll(Daniela: Kannst du das präzisieren bitte). Die Haltestellen befinden sich am

Dadurch wird das Gebiet Hegenheimermattweg Richtung Stadt neu erschlossen. Die Jungfernfahrt findet am 30.6.2000 statt.

Alex Horisberger, FDP-Fraktion:

In Allschwil ist die Eröffnung eines Hanfladens in der Nähe von zwei Schulanlagen geplant. Sieht der Gemeinderat die Problematik und werden dem Ladenbesitzer Auflagen gemacht?

Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner**: Der Gemeinderat ist nicht erfreut über diesen Entscheid, insbesondere weil sich der Laden in der Nähe von Schulhäusern befinden wird. Der Bedarf für einen Hanfladen besteht in Allschwil nicht. Der Gemeinderat wird sich in diesem Sinn auch beim Ladenbesitzer äussern und das KIGA und die Polizei BL informieren. Leider kann der Gemeinderat die Eröffnung eines Hanfladens nicht verbieten, er wird aber deutlich seine Ablehnung signalisieren.

Heinz Baumgartner, SP/Kaktus-Fraktion:

Im Februar 2000 wurde im Einwohnerrat das Postulat betreffend "Mobile Geschwindigkeitsanzeigen in Quartierstrasse", ER-Geschäft 3201, überwiesen und gleichzeitig abgeschrieben, da das Anliegen bereits erfüllt war. Wie ist der Stand heute? Ist das Gerät im Einsatz? Wo? Wie lange? Welche Daten wurden gesammelt und welche Auswirkungen haben diese Kontrollen? Wurde die Bevölkerung über das Gerät und die Erkenntnisse informiert?

Rosmarie Hofer, Departementsvorsteherin Umwelt und Sicherheit:

Das Gerät war im Einsatz am Herrenweg (55 Fahrzeuge, 16 zu schnell), in der Parkallee (42 Fahrzeuge, 7 zu schnell), an der Spitzwaldstrasse (61 Fahrzeuge, 20 zu schnell) und beim Schulhaus an der Schönenbuchstrasse (45 Fahrzeuge, 15 zu schnell) für jeweils 1 Stunde.

Das Gerät wurde pro Monat mind. 1x als Präventivmassnahme eingesetzt. Im Durchschnitt ist jeder Dritte zu schnell unterwegs. Von den festgestellten Uebertretungen wäre 4 Fahrzeuglenker verzeigt worden (Ausweisentzug. Da die Anzeigetafel gut sichtbar ist, halten sich die meisten Lenker an die vorgeschriebene Geschwindigkeit.

Ab 1. Juni 2000 wird die Gemeindepolizei mit 3 Mann präsent sein und das Gerät entsprechend häufiger zum Einsatz kommen.

Die Bevölkerung wird im Allschwiler Wochenblatt über die mobilen Geschwindigkeitsanzeigen informiert werden.

Heinz Baumgartner bedankt sich für die Informationen und würde sich freuen, wenn das Gerät in Zukunft regelmässig zum Einsatz kommen würde, z.B. gerade bei Schulhäusern zwischen 11.30 und 12.30 Uhr, wenn Schüler und Schülerinnen unterwegs sind.

Kurt Kneier, CVP/SVP-Fraktion:

Am letzten Wochenende wurde Allschwil von Vandalen heimgesucht. Hat der Gemeinderat Kenntnis von den Vorkommnissen? Kann die Dorfpolizei in dieser Angelegenheit aktiviert werden?

Rosmarie Hofer, Departementsvorsteherin Umwelt und Sicherheit:

Es ist bekannt, dass insbesondere bei der katholischen Kirche St. Peter und Paul "Nachtbuben" unterwegs sind. Die Gemeindepolizei hat den Auftrag, dort vermehrt zu patrouillieren.

Kurt Kneier bereiten die Zustände um die katholische Kirche (Drogen, Unrat etc.) spezielle Sorge. Er ist froh, dass Alex Horisberger das Thema "Hanfladen" angesprochen hat und der Gemeinderat sich der Angelegenheit annehmen wird.

Peter Hauser, CVP/SVP-Fraktion:

Wie ist der aktuelle Stand betreffend Altlasten-Deponien im Mühlital? In Anbetracht der dort geplanten Aktivitäten bezüglich Hochwasserschutz sind diese Abklärungen notwendig.

Roman Meury, Departementsvorsteher Tiefbau:

Die letzten Informationen stammen aus der Sprechstunde von Regierungsrätin Elisabeth Schneider vom Februar 2000 in Allschwil. Ueber diese hat er im Einwohnerrat bereits berichtet. Die Daten des "Runden Tisches", an welchem alle Betroffenen Lösungen für den Hochwasserschutz in Allschwil diskutieren werden, sind nun bekannt und Roman Meury hofft auf Neuigkeiten von dieser Stelle.

Sam Champion, SD/SFP-Fraktion:

Wurde der Gemeinderat bezüglich Dauer-Baustelle an der Oberwilerstrasse beim Kanton vorstellig?

Roman Meury, Departementsvorsteher Tiefbau:

Nein, dafür besteht kein Grund. Der Kanton Basel-Landschaft koordiniert die notwendigen Arbeiten anfangs Jahr zwischen den

verschiedenen Aemtern. Es handelt sich um Arbeiten zur Erschliessungen von neuen Liegenschaften, die notwendig sind.

Sam Champion ist nicht zufrieden mit der Beantwortung.

Sam Champion, SD/SFP-Fraktion:

Wie ist der aktuelle Stand bezüglich Ueberbauung Ziegeleiareal?

Bruno Steiger, Departemensvorsteher Hochbau:

Der Quartierplan zur Ueberbauung des Ziegeleiareals wird im Herbst 2000 im Einwohnerrat zur Beratung kommen. Der Gemeinderat hofft auf baldige Realisierung des Projektes.

Lucius Cueni, SP/Kaktus-Fraktion:

Weshalb wurden die Ruderalbepflanzungen in den Rabatten entlang der Baslerstrasse durch Kulturpflanzen ersetzt? Damit gehen wertvolle Ersatzstandorte für seltene und farbenprächtige Pflanzen verloren.

Roman Meury, Departemensvorsteher Tiefbau:

Auf Kantonsstrassen ist der Kanton grundsätzlich für die Pflege der Rabatten zuständig. Der Gemeinderat und zahlreiche Einwohner/innen haben sich an der Ruderalbepflanzung gestört und Vergleiche mit anderen Gemeinden, zB. Reinach, angestellt. Auf der Suche nach einer Lösung hat der Gemeinderat mit dem Kanton vereinbart, die kantonseigenen Rabatten durch die kommunalen Regiebetriebe zu unterhalten. Als Gegenleistung unterhält der Kanton das Strassen-Bord entlang der Baslerstrasse.

Marisa Ullrich Schreier, SP/Kaktus-Fraktion:

Wann wird der Dorfplatz Allschwil verkehrsfrei?

Roman Meury, Departemensvorsteher Tiefbau:

Anlässlich des Workshops des Gemeinderates 2000-20004 vom kommenden Wochenende werden diverse Zukunftsvisionen entwickelt.

Bewilligung eines Nachtragskredites von CHF 13'000.—für die Erstellung eines Bauprojektes über die Verlängerung des Rauracherweges Geschäft 3221

EINTRETENSDEBATTE

Roman Meury, Departementsvorsteher Tiefbau erläutert, dass der gemeinderätliche Bericht 3221 eng im Zusammenhang mit der Genehmigung der Quartierplanung "Rosenbergrain" steht. Die geplante Zufahrt sei bereits beim Bau des heutigen Rauracherweges in dieser Form während der Bauzeit in Betrieb gewesen.

Die Details sind im gemeinderätlichen Bericht 3221 enthalten. Er bittet um Zustimmung zum beantragten Nachtragskredit.

Dr. Max Ribi, FDP-Fraktion, ist nicht glücklich mit der vorgeschlagenen Verlängerung des Rauracherweges. Die definitiven Kosten schätzt er auf Fr. 130'000.--. Deshalb scheint die Frage nach dem Kosten/Nutzen-Verhältnis berechtigt. Für die Beurteilung des Projektes müssen 2 Phasen in Betracht gezogen werden: die Bauphase und die Endphase nach der Fertigstellung.

Zur Endphase: Der Gemeinderat spricht in seinem Bericht betreffend Ueberbauung Rosenbergrain von geplanten 33 Wohneinheiten mit geringem Verkehrsaufkommen. Diese Ausgangslage war auch schon vor 12-14 Jahren bekannt, als im Einwohnerrat die Erstellung des Rauracherweges beraten wurde. Es wurde von einer minimalen Breite von 5 m für die Erschliessungsstrasse, ohne Trottoir, gesprochen. Die gerade Linienführung über den Parkplatz in die Klarastrasse wurde ebenfalls abgelehnt. Damals stand der Römerweg noch zur Diskussion: Wegen des "Schleichverkehrs" wurde dieser aber gesperrt, was zu einer Verkehrsberuhigung führte.

Das Handicap der Erschliessung sind die beiden grossen Kurven Rauracherweg/In den Vogelgärten/Klarastrasse, weil dort nicht schneller als 10 km/h gefahren werden kann. Eine Oeffnung (die Verlängerung) schafft aber eine gerade Strecke, die wieder eine Zusatzmassnahme gegen schnelles Fahren erfordert. Weiter entsteht durch die Verlängerung Rauracherweg eine zusätzliche Einmündung in die Klarastrasse. Aus Sicherheitsgründen sind weniger Einmündungen vorteilhaft. Von den Anwendern können keine Beiträge an den Bau der Strasse mehr eingezogen werden, da das Gebiet bereits erschlossen ist. Die Kosten würden also komplett

zu Lasten der Gemeinde gehen. Gesamthaft gesehen sieht die FDP-Fraktion keinen Anlass, dass heutige Verkehrsregime zu ändern.

Zur Bauphase: Es ist bekannt, dass bei einer Baustelle relativ starker Werkverkehr entsteht. Jedoch könnte dieser in Form von Provisorien bewältigt werden, wie dies bereits bei Bau des heutigen Rauracherweges der Fall war.

Die FDP-Fraktion lehnt Eintreten aufgrund des schlechten Kosten-/Nutzen-Verhältnisses ab.

Olivier Rügsegger gibt namens der SP/Kaktus-Fraktion Zustimmung zum Eintreten bekannt. Diverse Anmerkungen folgen in der Detailberatung.

Kurt Kneier, CVP/SVP-Fraktion, teilt mit, dass er als Anwohner im betroffenen Gebiet (In den Vogelgärten) bei der Beratung dieses Geschäftes nicht in Ausstand treten wird. Zu den Ausführungen von Max Ribi ergänzt er, dass ebenfalls zu beachten ist, dass dieses Gebiet als Schulweg rege benutzt wird. Kurt Kneier ist nicht einverstanden, dass nach der einhelligen Zustimmung zum Projekt Rosenbergrain jetzt die Strassenführungen diskutiert werden. Die Zu- und Abfahrten und die prekären Platzverhältnisse wurden von der Anwohnerschaft seit Langem beanstandet. Das Optimum sei die Verlängerung des Rauracherweges nicht, so weiter der Votant, es handle sich lediglich um eine Vernunftlösung.

Arnold Julier, CVP/SVP-Fraktion, steht dem vorgeschlagenen Projekt skeptisch gegenüber und beantragt, das Geschäft vorab der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen zu überweisen.

Gemeinderat **Roman Meury** gibt zu bedenken, dass es sich lediglich um einen Projektierungskredit handelt. Die Verlängerung des Rauracherweges muss zuerst geplant werden, damit die Details diskutiert werden können.

//:

Der Antrag von Arnold Julier, das Geschäft 3221 der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen zur Vorberatung zu überweisen, wird mit 10:13 Stimmen abgelehnt.

//:

Eintreten auf das Geschäft 3221 wird mit 18 Stimmen gutgeheissen.

DETAILBERATUNG

Olivier Rügsegger gibt namens der SP/Kaktus-Fraktion bezüglich Projektierung der Verlängerung Rauracherweg folgendes zu Bedenken:

Die Verlängerung muss unbedingt vor Baubeginn fertiggestellt sein.

2. Die Klarastrasse birgt Gefahren für Fussgänger, Velo- und Autofahrer beim Ein- und Ausbiegen. Diese Gefahren dürfen sich bei einer Verlängerung des Rauracherweges nicht wiederholen.

3. Die beiden Strassenzüge Verlängerung Rauracherweg und In den Vogelgärten liegen nahe beieinander. Sollte die Verlängerung Rauracherweg realisiert werden, ist abzuklären, ob eine der Zufahrten (logischerweise nicht die neue Verlängerung) geschlossen resp. nur in einer Richtung befahren werden soll.

Die geplante Verlängerung entspricht nur einer kurz- bis mittelfristigen Lösung, da der gesamte Verkehr über den Dorfplatz verlaufen wird. Bei der Projektierung sind auch Varianten zu prüfen, z.B. eine Verkehrsabführung im Norden, dies auch im Hinblick auf einen Zubringer Allschwil.

Als kurz- oder mittelfristige Lösung ist dieses Projekt aber notwendig. Sollte der Gemeinderat jedoch feststellen, dass die Verlängerung nicht den gewünschten Nutzen bringt, kann er ohne Weiteres mit einem neuen Bericht an den Einwohnerrat gelangen.

Die SP/Kaktus-Fraktion spricht sich aus den genannten Erwägungen mehrheitlich für den Projektkredit aus.

Jean-Jacques Winter, SP/Kaktus-Fraktion, unterbreitet einen Zusatzantrag zum gemeinderätlichen Antrag:

Erweist sich die Erschliessung über die Verlängerung des Rauracherweges in der Projektierung als sehr problematisch, wird eine weitere Wegführung gesucht und dem Rat vorgelegt.

//:

Dem Zusatzantrag zum gemeinderätlich Antrag des Geschäftes 3221 von Jean-Jacques Winter wird mehrheitlich zugestimmt.

Für Departementsvorsteher **Roman Meury** ist dieser Beschluss fragwürdig. Eine Erschliessung via Grenze Hegenheimerstrasse hätte grossen Einfluss auf die bereits beschlossenen Friedhof-Erweiterung und würde sich aufwendig erweisen.

//:

Mehrheitlich wird dem Antrag des Gemeinderates, für die Erstellung eines Bauprojektes über die Verlängerung des Rauracherweges einen Nachtragskredit von CHF 13'000.— zu Lasten der laufenden Rechnung zu bewilligen, mit folgender Ergänzung zugestimmt: Erweist sich die Erschliessung über die Verlängerung des Rauracherweges in der Projektierung als sehr problematisch, wird eine weitere Wegführung gesucht und dem Rat vorgelegt.

Berichte der Geschäftsprüfungskommission betreffend Kontrolle der Wirkung von bisherigen GPK-Anträgen/ -Empfehlungen/-Schlussfolgerungen, Geschäft 3225

Der Präsident der Geschäftsprüfungskommission **Dr. Ivo Corvini** teilt mit, dass das Ende der Legislaturperiode 2000-2004 zum Anlass genommen worden ist, eine Wirkungskontrolle der bisherigen GPK-Anträgen durchzuführen. Die Detailausführungen sind im Bericht 3225 enthalten. Dieser bildet Bestandteil des Protokolls.

Die Resultate sind unterschiedlich ausgefallen. So ist z.B. die Revision des Feuerwehrreglementes noch unerledigt. Ebenfalls hat die betreffend Verhältnis Gemeinde /Schutzverband von der GPK im Jahr 1997 angeregte Prüfung eines Gemeindeverbandes nicht stattgefunden.

Der GPK Präsident führt weiter aus, dass die Kommission keine Motionen oder Postulate aufgrund der erhaltenen Resultate eingereicht hat, da es sich um Hängige Geschäfte handelt, die alle bereits im Einwohnerrat beraten worden sind. Die Anträge auf Seite 13 des Berichtes 3225 sind deshalb als Aufforderung oder Erinnerung zum Tätigwerden zu verstehen. Korrektur Antrag 2: Die GPK muss heissen: *Der Einwohnerrat beantragt dem Gemeinderat,*

Er bittet den Rat, die drei Anträge der Geschäftsprüfungskommission gutzuheissen.

Die Departementsvorsteherin Umwelt und Sicherheit **Rosmarie Hofer** ist sich bewusst, dass die Revision des Feuerwehrreglementes überfällig ist. Der Gemeinderat hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die Visionen zur Zukunft der Feuerwehr ausgearbeitet hat, welche als Grundlage für eine neues Feuerwehrreglement dienen sollen.

Gemeinderat **Dr. Anton Lauber**, neuer Präsident des FORUMS Flughafen - nur mit der Region betrachtet die Bemühungen, die störenden Auswirkungen des Flugverkehrs in Allschwil zu reduzieren, als Dauerauftrag. In diesem Sinn ist auch der Antrag der GPK, die Gründung eines grenzüberschreitenden Zweckverbandes von Gemeinden nie vergessen worden. Toni Lauber hält fest, dass der Gemeinderat die Angelegenheit "Flughafenproblematik" zur Chefsache erklärt hat. Die Belastung durch Fluglärm in Allschwil ist subjektiv, das Interesse an den entsprechenden Organisationen kann ebenfalls nur abgeschätzt werden. Gemäss einer Kundenumfrage der Gemeindeverwaltung im Dezember 1999 erachten jedoch 37 % der Allschwiler Einwohnerinnen und Einwohner den Fluglärm als grösstes Problem. Das FORUM Flughafen – nur mit der Region verfügt über 1500 Sympathisantinnen und Sympathisanten und ist damit eine der grössten Organisationen in Allschwil. Diese Feststellungen belegen das grosse und rege Interesse der Bevölkerung. Das grosse Engagement der Gemeinde Allschwil in Sachen Fluglärm begründet sich darin, dass über 70 % der Einwohnerinnen Allschwils im Süd-Sektor des Flughafens Basel-Mülhausen wohnen. Über 70 % der Starts des Flughafens werden über dem Süd-Sektor abgewickelt, was heisst, dass über 70 % der Allschwiler Einwohnerschaft über 70 % des Fluglärms tragen.

Die beiden in Sachen Fluglärm tätigen Organisationen in Allschwil sind der Schutzverband der Bevölkerung um den Flughafen Basel-Mülhausen und das FORUM Flughafen - nur mit der Region. Der Schutzverband ist altbestehend, gewachsen aus den Gemeinden der Region und hat aus diesem Grund auch kein Interesse, sich aufzulösen. Der Schutzverband hat auch Einzelmitglieder, die sich gegen den Fluglärm engagieren. Neu gewachsen ist das FORUM als Protestreaktion aus der Allschwiler Bevölkerung gegen den Fluglärm. Dahinter steht als Motiv die direkte Betroffenheit. Deshalb haben beide Verbände ihre eigene Daseinsberechtigung. Weshalb keiner neuer Verband? Man war sich allseits einig, dass es keinen weiteren Schutzverband wie z.B. einen öffentlich-rechtlichen Zweckverband, der die Gemeinden zur Bewältigung des Problems Flugverkehr vertraglich zusammenschliesst, braucht. Diese Meinung vertritt nicht nur der Gemeinderat Allschwil, sondern wurde auch von den anderen betroffenen Gemeinden signalisiert. Allschwil ist keinesfalls inaktiv, so werden z.B. auch sämtliche Aktionen und Zielsetzungen mit den Grenzregionen in Frankreich und Deutschland durch das Exekutiv-Organ des FORUMS abgesprochen und koordiniert.

Ein weiterer Grund, der gegen die Gründung eines Zweckverbandes von ausschliesslich Gemeinden um den Flughafen spricht, ist die Bündelung der Kräfte gegenüber dem Flughafen. Diese dürfen keinesfalls verzettelt werden. Zudem ist der zeitliche Aufwand gross; die Aufgabenbewältigung in Schutzverband und FORUM beanspruchen enorm viel Zeit.

Dr. Anton Lauber betont, dass das Problem "Fluglärm" vorab ein Allschwiler Problem ist. Es wird von den Gemeinden deshalb auch erwartet, dass Allschwil die Federführung übernimmt. Eine Vereinigung aller betroffenen Gemeinden in einem Zweckverband würde sich auch aufgrund der verschiedenen Betroffenheit schwierig gestalten.

Angesprochen auf die Entflechtung der Präsidiien Gemeinde Allschwil/Schutzverband, welche Ruth Greiner inne hat, führt der gemeinderätliche Sprecher aus, dass dem Schutzverband nicht vorgeschrieben werden kann, mit welcher Person er das Präsidium zu besetzen hat. Deshalb kann diese Frage in Allschwil nur eine politische sein. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass aufgrund der Erwartung, dass Allschwil die Federführung in Sachen Fluglärm hat, die Gemeindepräsidentin die richtige Person am richtigen Platz ist. Der daraus resultierende direkte Informationsfluss ist ebenfalls zu erwähnen. Eine gewisse Entflechtung hat durch die Neubesetzung des Präsidiums des FORUMS (durch Dr. Antons Lauber) bereits stattgefunden. Ein Interessenkonflikt besteht aus Sicht des Gemeinderates nicht, da sich die Interessen Allschwils und des Schutzverbandes in Sachen Fluglärm decken.

Dr. Ivo Corvini dankt für die gemeinderätlichen Ausführungen von Rosmarie Hofer und Dr. Anton Lauber, auch wenn sie nicht immer sachlich waren. Die Auseinandersetzung mit den Anregungen der GPK erfolgt seiner Meinung nach drei Jahre zu spät.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, erkundigt sich nach der Beratung der Abfallrechnung pro 1998. Wird diese an der Rechnungssitzung vom 14. Juni 2000 gemäss in Abstimmung mit den Allwo-Zahlen transparent vorliegen?

Finanzchef **Dr. Leo Zehnder** erklärt bezüglich Abfallrechnung, dass in Absprache mit dem Gesamt-Gemeinderat beschlossen worden ist, dieses Geschäft nicht mehr dem Einwohnerrat bereinigt vorzulegen. Eine Bereinigung wäre sehr arbeitsintensiv ausgefallen. Davon wurde aufgrund der zahlreich anfallenden übrigen Arbeiten abgesehen. Dr. Leo Zehnder entschuldigt sich für dieses unübliche Vorgehen und hofft auf das Verständnis der Ratsmitglieder.

Alex Horisberger gibt seitens der FDP-Fraktion eine generelle Stellungnahme zum GPK-Bericht 3225 ab: Die Fraktion ist erstaunt und beunruhigt darüber, was die GPK "zu Tage gefördert" hat. Dabei sei auch die Frage aufgetaucht, wie ernst der Einwohnerrat vom Gemeinderat genommen werde. Die FDP-Fraktion fühlt sich hintergangen und fordert die GPK auf, mit Rücksichtslosigkeit und grosser Umsicht ihre Kontrollen durchzuführen.

Sam Champion, SD/SFP-Fraktion, protestiert gegen die Personalunion Gemeindepräsidentin/Präsidentin Schutzverband. Der Schutzverband nehme einseitige Interessen war. Dabei würden die wirtschaftlichen Vorteile des Flughafens für die Region vergessen. Der GPK-Bericht fordere nicht einen neuen Verband, sondern eine Umstrukturierung des bestehenden Schutzverbandes.

Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner** äussert sich zum Votum von Alex Horisberger dahingehend, dass auch zahlreiche Geschäfte des Gemeinderates zur Zufriedenheit der GPK erledigt worden sind. Diesbezüglich gebe aber der GPK-Bericht ein einseitig negatives Bild wieder.

Weiter gibt **Ruth Greiner** dem Missmut des Gemeinderates bezüglich der erneuten Untersuchung des Rechtsdienstes Ausdruck. Der gemeindeeigene Rechtsdienst wurde bereits 1997 untersucht – mit geringer Kritik. Häufig arbeitet dieser Dienst auch für den Einwohnerrat, trotzdem scheint er keine Legitimation zu haben. Der Gemeinderat ist gerne bereit, ein zweites Mal Auskunft zu geben, jedoch ergeht die Bitte an die neue GPK, diese Untersuchung bald durchzuführen, damit der gut arbeitende und funktionierende Rechtsdienst auch im Einwohnerrat seine Wertschätzung erhält.

Jakob Vogt-Pauluzzi erklärt namens der CVP/SVP-Fraktion, dass man mit der gemeinderätlichen Meinung betreffend Kontrolle des Mühlebachs nicht einverstanden ist. Mit der Entfernung des Rechens sei das Problem nicht gelöst. Der Rechen soll nach Meinung von Jakob Vogt – nicht zuletzt auch aus Sicherheitsgründen - wieder angebracht werden, damit der angeschwemmte Schmutz und das Schwemmholz sichtbar wird und entfernt werden kann. Das angeschwemmte Material verursache ohne Rechen später im Bachgraben einen Kapazitätsverlust. Er ersucht den Gemeinderat, diesem Problem vermehrt Beachtung zu schenken.

://:

Mehrheitlich wird den beiden folgenden Anträgen der GPK *zugestimmt*:

Der Einwohnerrat nimmt den Bericht "Kontrolle der Wirkung von bisherigen GPK-Anträgen /-Empfehlungen/-Schlussfolgerungen" zur Kenntnis.

Der Einwohnerrat beantragt dem Gemeinderat, der Überarbeitung des Feuerwehreglementes hohe Priorität einzuräumen.

://:

Mit 14:12 Stimmen wird der 3. Antrag der GPK *abgelehnt*:

Der Gemeinderat wird eingeladen zu prüfen und über die Ergebnisse seiner Untersuchung i.S. grenzüberschreitendem öffentlich-rechtlichem Zweckverband ausschliesslich von Gemeinden (rund um den EuroAirport) zu berichten. Allschwil, 3. Juli 2000